

# Welt der Arbeit

Ausgabe 13

www.weltderarbeit.de

13. Oktober 2004

## WdA im Oktober

Unter dem Vorwand, den schon zu Kohls Zeiten viel beschworenen Standort Deutschland retten zu wollen, werden Arbeitnehmer-Rechte weiterhin und immer stärker eingeschränkt. Das hat bereits beim Finanziellen begonnen: Mehrarbeit ohne Bezahlung, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Nun ist der Kündigungsschutz in Gefahr. Da das den Konzernherren immer noch nicht zu reichen scheint, steht jetzt die Beschneidung der demokratischen Rechte der Beschäftigten auf der Agenda der Unternehmer; sie nennen das eine „Reform“. Die Mitbestimmung steht deshalb im Zentrum der WdA-Beiträge dieses Monats.

## Inhalt dieser Ausgabe

### Herrschaft ohne Mitbestimmung

Seite 1

### Ohne Mitbestimmung keine Demokratie

Seite 2

### Blick zurück:

### Die Marktwirtschaft am Pranger

Seite 3

### Mitbestimmung als Auftrag

Seite 4

### Kapitalgesteuerte Demokratie

Seite 5

### Von Schnorrern und Schmarotzern

Seite 6

### Globaler Ausverkauf

Seite 7

### Schwache Leistung der Manager, Kein Wunder durch Mini-Jobs, Armut nimmt zu

Seite 8

### Immer mehr Arbeitslose, Buch-Tipp, Kommentar, Impressum

Seite 9

## Herrschaft ohne Mitbestimmung

Eine „Reform der Mitbestimmung“ wird derzeit von den Industrie- und den Unternehmer-Organisationen geplant. Damit soll eine Errungenschaft aus den Siebzigerjahren gekippt werden. 1976 hatte die sozialliberale Regierungskoalition für Aufsichtsräte von großen Aktiengesellschaften eine fast paritätische Mitbestimmung durchgesetzt. Unter die Vorschriften fallen rund 800 Kapitalgesellschaften. Den Unternehmern passte das Gesetz nie. Aber mit ihrer Verfassungsbeschwerde hatten sie kein Glück; sie scheiterten 1979.

Nun versuchen sie erneut eine Änderung zu ihren Gunsten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände wollen ein Konzept zur „Reform der Mitbestimmung“ vorlegen. Auch die Bundestagsfraktion der FDP hat eine Initiative eingeleitet. Die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten sollen nicht mehr zur Hälfte, sondern nur noch zu einem Drittel mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Außerdem sollen keine Gewerkschaftsvertreter mehr in den Aufsichtsräten sitzen. Das Entsenderecht der Gewerkschaften soll abgeschafft werden. Es gibt sogar die Forderung, die Vertreter der Beschäftigten ganz außen vor zu lassen und ihnen lediglich ein Mitspracherecht über ein Beratungsgremium einzuräumen.

Von Kritikern der 1976 eingeführten Mitbestimmung in Aufsichtsräten werden vor allem ökonomische Nachteile für die Unternehmen und Ineffizienz behauptet. Trotz der Exportrekorde ist der Standort Deutschland angeblich für ausländische Investoren unattraktiv. Tatsächlich gehören aber 30 Prozent der Gesellschaften, die dem Mitbestimmungsgesetz unterliegen, mittelbar oder unmittelbar zu ausländischen Konzernen. „Die paritätische Mitbestimmung ist Teil einer Illusion, die man in den 70er Jahren hatte, der Illusion vom dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“, ver-

kündet Rainer Brüderle, Parteivize der FDP. Und der Chef der Fluggesellschaft Air-Berlin, Joachim Huhnold, hält die Mitbestimmung „für das größte Übel, das wir heute haben“. Ein Pilot der Gesellschaft bestätigte in *Monitor*: „Betriebsrat oder Personalvertretung gibt es nicht. Herr Huhnold droht mit sofortiger Entlassung bei eventuellen Gründungsversuchen derartiger Einrichtungen.“

Auch in der Politik stößt die Mitbestimmung auf Widerstand. Nach der zwangsweisen Einführung der 42-Stunden-Woche für Beamte will Hessens Ministerpräsident Koch die Arbeitszeit nun auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausweiten. Fast 50.000 Angestellte und 10.000 Arbeiter sollen wöchentlich 42 statt 38,5 Stunden arbeiten. Und durch eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes soll der Personalrat beim Arbeitszeitthema künftig keinen Mitbestimmungsanspruch, sondern nur noch ein Anhörungsrecht haben.

Entgegen allen scheinheiligen Begründungen zur Abschaffung der „paritätischen“ Mitbestimmung geht es in Wirklichkeit um die Sicherung der Herrschaft des Kapitals. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sollen lediglich ein Anhörungsrecht haben. Die Beseitigung des Mitbestimmungsrechtes wird u. a. mit der notwendigen Sicherung des „freien Unternehmertums“ begründet. Aber diese „Freiheit“ produziert seit langer Zeit Millionen von Arbeitslosen. Jeden Tag werden in Deutschland rund 2.000 Arbeitsplätze vernichtet! Ausschließlich aus Gewinnstreben wird rationalisiert, kooperiert und fusioniert, ohne dass nach den Folgen für die Arbeitnehmer gefragt wird. Die vorgespielte Sorge um die Arbeitsplätze ist in vielen Fällen an Verlogenheit nicht mehr zu überbieten. Demokratie endet immer noch an den Toren der Betriebe. Aber Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie gibt es nicht. Franz Kersjes

## Ohne Mitbestimmung keine Demokratie

Demokratie ohne Wirtschafts-demokratie gibt es nicht. So verlangt es – bezogen auf alle Bereiche unserer Gesellschaft – schon das Grundgesetz. Wer aber kritisch nachfragt, ob auch in Betrieben die Prinzipien der Demokratie angewandt werden, erhält in der Regel ein Nein zur Antwort. Die zaghaften Versuche des Gesetzgebers, Arbeitnehmer-Mitbestimmung zu ermöglichen, sind schon in der Vergangenheit auf empörte Ablehnung durch Unternehmer, Aktionäre und ihre Lobbyisten gestoßen. Und das Bemühen der Gewerkschaften, in Tarifverhandlungen Beteiligungsrechte für Arbeitnehmer durchzusetzen, ist grundsätzlich gescheitert.

Warum aber werden Arbeit und Kapital nicht gleich hoch geschätzt? Warum gilt deren Gleichberechtigung nicht als gerecht und notwendig? Warum lösen Forderungen zur Entwicklung einer demokratischen Wirtschaft Empörung und Widerstand aus? Sind denn Wissen und Fähigkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weniger wert als das eingesetzte Kapital? Das sind rhetorische Fragen, gewiss; denn jeder weiß: Nur durch die Kompetenz und die Verantwortungsbereitschaft der Beschäftigten wird Wertschöpfung möglich!

Kapitalbesitzer und ihre Beauftragten entscheiden unabhängig und eigenmächtig, ob, wo, wie und womit sie Güter und Dienstleistungen produzieren lassen. Von dieser existentiellen Entscheidung für Staat und Gesellschaft sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gänzlich ausgeschlossen. Ein Unternehmen stellt nur dann Arbeitsplätze zur

Verfügung, wenn durch den Einsatz von Arbeitnehmern das bereitgestellte Kapital eine möglichst hohe Rendite bringt. Die Beschäftigten sind lediglich Mittel zum Zweck. Menschen werden zur Kapitalverwertung benutzt – und niemand empört sich. Im Gegenteil: Politiker, Unternehmer, Manager und ihre wissenschaftlichen und publizistischen Hilfstruppen erregen sich über angebliches "Anspruchsdenken" der Arbeitnehmer, über die zu hohen Löhne, Gehälter und Renten, die "Tarifkartelle" und die maßlosen Gewerkschaften. Sie verlangen mehr Freiheit für den Kapitaleinsatz, weniger Rechte für Betriebsräte und Belegschaften und erpressen Staat und Gesellschaft – meistens durch Drohung mit Arbeitsplatzverlusten – mit ihrer Gier nach Profit. Demokratie? Mitbestimmung? Nein, "Freiheit statt Sozialismus!"

In betrieblichen Arbeitsbeziehungen werden hierarchische Strukturen weiterhin zementiert und Bürgerrechte missachtet. Betriebe erscheinen als "bürgerrechtsfreie Zonen". Zwar wird mit Hilfe von Gesetzen und Tarifverträgen positive Einflussnahme auf die Beziehung zwischen Beschäftigten und Unternehmern im Sinne von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen versucht; aber täglich machen Betriebsräte und Belegschaften die Erfahrung, dass Regeln nur eingehalten werden, wenn die davon betroffenen Arbeitnehmer ihre Rechte reklamieren. Jährlich dokumentieren Tausende von Arbeitsgerichtsprozessen, dass viele Unternehmer und deren Beauftragte nur schwer an Recht und Gesetz zu gewöhnen sind. Es wird zwar oft von Sozialpartnerschaft geredet, aber kaum ein

Vertreter der Kapitaleseite will seine Macht wirklich teilen. Ansätze einer beteiligungsorientierten Betriebspolitik der Geschäftsleitung werden häufig zur Entsolidarisierung der Belegschaft genutzt. Das hat mit Mitbestimmung nichts zu tun. Die Entscheidungsstrukturen in großen Unternehmen und Konzernen sind komplizierter geworden. Strategisch relevante Entscheidungen wurden zentralisiert und werden häufig gar nicht mehr in den Betrieben gefällt, die von den Auswirkungen betroffen sind. Eine wirksame Interessenvertretung der Beschäftigten wird vor diesem Hintergrund immer schwieriger.

Die fehlende Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten benachteiligt die Arbeitnehmer erheblich. Das Eigentum an Produktionsmitteln darf die demokratischen Grundrechte der abhängig Beschäftigten nicht noch mehr einschränken. Deshalb müssen sich die Gewerkschaften künftig mit stärkerem Nachdruck für die Erweiterung der Arbeitnehmer-Mitbestimmung stark machen.

Die Gewerkschaften müssen die Debatte über eine Demokratisierung der Wirtschaft erneuern und eine Bewegung für erweiterte Bürgerrechte im Betrieb entwickeln. Sicherlich wird das Unternehmertum heftig protestieren und wieder einmal mit Standortverlagerungen ins Ausland drohen, also sein bereits bekanntes Erpressungspotenzial einsetzen. Aber wer vor der Macht der Konzerne und Kartelle kapituliert, wird nichts Entscheidendes mehr verändern. Das muss verhindert werden.

Franz Kersjes

Blick zurück**Die Marktwirtschaft am Pranger**

Heute schwer vorstellbar: Ein dreistündiger Vortrag über das kaum spektakulär klingende Thema „Wirtschafts- und Steuerpolitik“ riss die Zuhörer zu Beifallsstürmen hin. So geschahen auf dem 3. DGB-Bundeskongress im Oktober vor 50 Jahren. Das mit Ovationen bedachte Grundsatzreferat hatte Viktor Agartz gehalten. Der Kongressvorsitzende, ein christlicher Gewerkschafter, lobte die „kristallklare Analyse der gegenwärtigen Situation“; und das DGB-Funktionärsblatt titelte in einer Sondernummer: „Das System der kapitalistischen Marktwirtschaft am Pranger“. - Ein Jahr später wurde der umjubelte Viktor Agartz aus seiner Position als Mitgründer und Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI) der Gewerkschaften entlassen; der Ausschluss aus der Gewerkschaft und der SPD folgte.

Was geschah in diesem einen Jahr? Und wer war Viktor Agartz?

Er war 1897 in Remscheid geboren worden und trat, geprägt durchs Elternhaus, mit 18 Jahren der SPD bei. Agartz engagierte sich im Sozialistischen Studentenverband, als er nach dem Ersten Weltkrieg Nationalökonomie, Betriebswirtschaftslehre und Jura studierte. Den Marxismus machte er zum Hauptgegenstand seines Studiums. Mit einer Arbeit über „Das praktische Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber der Durchführung des Betriebsschutzes“ wurde Viktor Agartz 1925 zum Dr. rer. pol. promoviert. Kurz darauf berief man ihn zum Vorstandsmitglied der gewerkschaftseigenen Rheinischen Konsumgenossenschaft

und zugleich zum Dozenten an der Arbeiterhochschule in Köln. Der Nationalsozialismus beendete diese Laufbahn, weil Agartz sich weigerte, der Nazi-Partei und ihrer Deutschen Arbeitsfront beizutreten. Er fand Beschäftigung bei der Rheinisch-Westfälischen Treuhand AG. Diese berufliche Position ermöglichte ihm die Rettung des Vermögens verschiedener kirchlicher Organisationen und die heimliche finanzielle Hilfe für Familien politischer Häftlinge.

Sofort nach Ende des Zweiten Weltkriegs engagierte sich Viktor Agartz bei der Entwicklung eines demokratischen Staatswesens. Auf dem ersten Westzonen-Parteitag der SPD hielt er 1946 das wirtschaftspolitische Grundsatzreferat: „An die Stelle des privatkapitalistischen Gewinnstrebens hat die staatliche Planung zu treten“, die, so Agartz, allerdings dezentralisiert sein und marktwirtschaftliche Elemente enthalten müsse. Über Umfang und Richtung der Produktion solle demokratisch entschieden werden. Die Kohle-, Stahl- und Chemieindustrie sowie die Banken müssten ins Eigentum der gesamten Gesellschaft übergehen. Entschieden wandte sich Agartz gegen jede Form von Zentral- und Kommandowirtschaft: „Wir lehnen einen zentralistischen Staatskapitalismus ab, eine Wirtschaftsform, die immer die Neigung hat, zu einer politischen Diktatur auszuarten.“

Freunde und Förderer von Viktor Agartz waren damals der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher und der DGB-Vorsitzende Hans Böckler. Schumacher drängte Agartz, die Leitung des Zentralamtes für Wirtschaft der briti-

schen Besatzungszone zu übernehmen, das 1947 im Frankfurter Wirtschaftsrat aufging. Er blieb bis zur Gründung der Bundesrepublik für die drei Westzonen zuständig. Auf Agartz folgte im Wirtschaftsrat Ludwig Ehrhard, der spätere Bundeswirtschaftsminister und für kurze Zeit auch glücklose Kanzler.

Viktor Agartz hatte ab 1949 ohnehin eine neue Aufgabe: die Gründung und Leitung des WWI, mit dessen wissenschaftlichen Arbeiten er der Restauration in der Adenauer-Zeit entgegen zu wirken und die Lage der abhängig Beschäftigten zu verbessern suchte. Er entwickelte die Grundsätze für ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm und für eine aktive Lohnpolitik. Außerdem setzte sich Viktor Agartz entschieden gegen die Teilung Deutschlands, gegen die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse und gegen die Wiederbewaffnung ein.

Der Applaus für sein Referat auf dem 3. DGB-Kongress im Oktober 1954 war gewissermaßen noch nicht verhallt, da wurde Viktor Agartz in eine dubiose Dokumentenaffäre verwickelt. Sie führte 1955 trotz heftiger Proteste vieler Gewerkschafter zu seiner Entlassung aus dem WWI. Seine wichtigsten Förderer, Böckler und Schumacher, waren zu diesem Zeitpunkt bereits gestorben.

Viktor Agartz gründete 1956 WISO, einen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Informationsdienst. Zu den Bezieherern gehörte unter anderem der FDGB der DDR, der ein Pau-

- weiter auf Seite 4, 3. Spalte -

## Mitbestimmung als Auftrag

Im demokratischen Staat gibt es für jeden Bürger gleiche Rechte und Pflichten. In der gegenwärtigen Wirtschaft aber üben die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierte Alleinherrschaft aus.

Eine demokratische Wirtschaftsordnung verlangt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in sozialen, personellen, vor allem aber wirtschaftlichen Fragen.

Aktionsprogramm der SPD 1952

Die Erfahrungen der Jahre 1918 bis 1933 haben gelehrt, dass die formale politische Demokratie nicht ausreicht, eine echte demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Demokratisierung des politischen Lebens muss deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden. Soweit der Staat im Interesse einer vernünftigen Dezentralisierung öffentliche Funktionen auf Organe der Selbstverwaltung der Wirtschaft überträgt, dürfen diese nur paritätisch besetzte Organe sein, in denen Arbeitnehmer und Unternehmer gleichberechtigt sind.

Gründungskongress des DGB 1949

Das bisherige Wirtschaftsrecht war zu sehr den Dingen und zu wenig dem Menschen zugewandt. Es muss durch ein Betriebsrecht ersetzt werden, das den Menschen in seinen Rechten und Pflichten in den Vordergrund rückt. Die katholischen Arbeiter und Unternehmer stimmen darin überein, dass das Mitbestimmungsrecht aller Mitarbeitenden bei sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen ein natürliches Recht in gottgewollter Ordnung ist.

Entschließung des 73. Deutschen Katholikentages

Die Arbeiter und Angestellten, die den entscheidenden Beitrag zum Ergebnis der Wirtschaft leisten, sind bisher von einer wirksamen Mitbestimmung ausgeschlossen. Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muss aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden.

SPD-Grundsatzprogramm, Godesberg 1959

## Fortsetzung von Seite 3

schalabonement von 2.000 Stück pro Ausgabe zugesagt hatte. Kontakte mit Organisationen in der DDR aber galten in der Bundesrepublik der Fünfzigerjahre als höchst verdächtig. Agartz wurde unter anderem wegen des Verdachts „verfassungsverräterischer Verbindungen zum FDGB“ in Untersuchungshaft genommen. Seine Verteidiger in dem vor dem Bundesgerichtshof geführten Prozess waren Gustav Heineemann, später Bundespräsident, und Diether Posser, später NRW-Justizminister. Nach ihren Plädoyers brach die Anklage in nichts zusammen. Viktor Agartz wurde freigesprochen. Er starb 1964 in Köln.

Franz Kersjes

## Anwalt im Kalten Krieg

1989 fielen Mauer und SED-Staat; 1990 entstand aus BRD und DDR das „einig Vaterland“; 1991 erschien Diether Possers Buch „Anwalt im Kalten Krieg – Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951 – 1968“. Es rief in Erinnerung, wie vergiftet das politische Klima in der Bundesrepublik während der Ära Adenauer gewesen war: vollkommene Anbindung an die Politik der ehemaligen West-Alliierten, schärfste Abgrenzung gegen den Ostblock, die Hallstein-Doktrin, das KPD-Verbot. Wer in der BRD politisch links stand, lebte gefährlich. In diesem Klima fand 1957 der Agartz-Prozess statt. Diether Posser hat damals viele in ähnlicher Weise Verdächtige verteidigt. Den „Fall Agartz“ beschrieb er als „einen der interessantesten politischen Prozesse“ seiner Anwaltstätigkeit. CF

## Kapitalgesteuerte Demokratie

Optimale Voraussetzungen für die Kapitalverwertung zu schaffen – das ist ein wesentliches Ziel des Unternehmertums. Und deshalb ist der Einfluss von Unternehmen auf die Politik jeder Regierung in Deutschland erheblich. Nicht selten lassen sich Regierungen von den Interessen der Wirtschaftsverbände leiten. Es gehört zum politischen Alltag, dass Konzerne, Anwaltskanzleien und externe Berater „politisches Monitoring“ betreiben. Sie begleiten das Entstehen von Gesetzen und Verordnungen und werden häufig gebeten, Entwürfe mitzuformulieren.

Zurzeit sind rund 1.760 Lobbygruppen, meistens Verbände, im Bundestag registriert. Darüber hinaus sind etwa 100 hoch bezahlte Politikberater, darunter ehemalige Politiker wie Siegmund Mosdorf (SPD) und Detlev Samland (SPD), als „Türöffner“ im Auftrag der Wirtschaft tätig.

***Ich hatte erst vor kurzem ein Gespräch mit einem maßgeblichen Verkehrspolitiker aus dem Bundestag. Der hat mir gesagt, die Papiere, die aus dem BDI kämen, könne man fast eins zu eins übernehmen.***

Michael Rogowski,  
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Neoliberale und wirtschaftliche Eliten nehmen immer stärkeren Einfluss auf die Politik und die veröffentlichte Meinung. Bei der Mehrheit der Bevölkerung stehen Politiker und Unternehmer allerdings nicht hoch im Kurs; das zeigen alle aktuellen Umfragen. Unternehmerverbände und Parteien finden für die von der Wirtschaft ersehnten „Sozialreformen“ bei Arbeitnehmern kaum

Unterstützung. Das schlechte Image von Parteien und Wirtschaftsverbänden soll deshalb durch „Reforminitiativen“ aufpoliert werden. Durch sie soll das Volk „aufgeklärt“ werden. Parolen hämmern die Notwendigkeit von radikalen Reformen ein, ergänzt durch Plakate, Anzeigen und Fernsehspots, auf dass die Leute die Wünsche der Wirtschaft als ihre eigenen begreifen.

50 Millionen Euro machte der Unternehmerverband Gesamtmetall locker und gründete damit im Jahr 2000 die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Das war der Anfang. Seitdem werden „Reforminitiativen“ ohne Ende gegründet. Zur „Aktionsgemeinschaft Deutschland“ gehören unter anderem:

**Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** bindet Vertreter/innen aller etablierten Parteien ein und platziert ihre Fürsprecher in den Medien. Unterstützer: Martin Kannegiesser (Gesamtmetall), Arend Oetker, Michael Glos, Peter Glotz, Roland Berger, Ex-Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, Lothar Späth, u. a.

**BürgerKonvent**, gegründet von Meinhard Miegel (CDU), einst Biedenkopfs Vordenker. Der Verein will den „Reformstau in Deutschland aktiv überwinden“ – durch TV-Spots, öffentliche Auftritte und lokale Konvente. Unterstützer: Hans-Olaf Henkel, Roland Berger, Peter Glotz, Otto Graf Lambsdorff und andere.

**Konvent für Deutschland**  
These: Das System hat sich überlebt, Bundestag und Bundesrat blockieren sich zu häufig. Deutschland braucht eine Neuordnung. Unterstützer: Roman

Herzog, Roland Berger, Hans-Olaf Henkel, Peter Glotz, Klaus von Dohnanyi, Henning Voscherau, Oswald Metzger u. a.

**Roman Herzog-Institut**, im Jahr 2003 gegründet, getragen von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, den Unternehmerverbänden der bayerischen Metall- und Elektroindustrie und dem Institut der deutschen Wirtschaft.

**Team-Arbeit für Deutschland**  
Das Bürgerengagement gegen Arbeitslosigkeit soll gestärkt werden, indem man viele Mitstreiter ins Boot holt: Manager, Künstler, Journalisten. Initiator: Wolfgang Clement. Unterstützer: Peter Hartz, Gunter Thielen (Bertelsmann), Hubertus Schmoldt und 500 Unternehmen der „Initiative für Beschäftigung.“ Finanzierung: 10 Millionen Euro pro Jahr aus Steuergeldern.

Der Einfluss dieser Gruppen geht mittlerweile so weit, dass von Sabine Christiansen bis Maybrit Illner keine Talkshow ohne sie auskommt.

Die politischen Vollstrecker von Kapitalinteressen sind in fast allen Parteien zu finden. Besonders konsequent vertreten FDP, CDU und CSU die Ziele der Wirtschaft. Der neue Leitantrag zum Parteitag der CDU im Dezember in Düsseldorf spricht die Sprache der Roland Bergers und McKinseys: Kündigungsschutz aushebeln, Arbeitszeiten verlängern, Arbeitskosten runter, mehr private Vorsorge, weniger Arbeitslosenhilfe und soziale Einschnitte, so weit das Auge reicht. Anders als zu Zeiten von Hans Katzer und Norbert Blüm ist der CDU-Arbeitnehmerflügel heute ohne jeden Einfluss. –es.

## Von Schnorrern und Schmarotzern

Kanzler Schröder erregt sich im Zusammenhang mit den Sozialreformen über Schnorrer und Schmarotzer. „In Ost wie West gibt es eine Mentalität bis weit in die Mittelschicht hinein, dass man staatliche Leistungen mitnimmt, wo man sie kriegen kann, auch wenn es eigentlich ein ausreichendes Arbeitseinkommen in der Familie gibt“, sagte er dem Magazin *Guter Rat*. Ein solches Verhalten könne sich kein Sozialstaat leisten, ohne daran zu Grunde zu gehen. - Allerdings gibt es für Sozialmissbrauch in größerem Umfang überhaupt keine Belege.

Mit der Bekämpfung der Mitnahme-Mentalität könnte der Kanzler gleich bei sich selbst anfangen. Beim so genannten Schatteneinkommen der Regierungsmitglieder ist noch viel zu holen. Sie beziehen Einnahmen aus unterschiedlichen staatlichen Quellen, Einnahmen, die immer wieder kritisiert worden sind. Das Jahresgehalt des Bundeskanzlers beträgt rund 220.000 Euro. Außerdem erhält er aber auch noch eine steuerfreie Abgeordnetenkostenpauschale von 2.663 Euro im Monat, genau wie seine Minister mit Abgeordnetenmandat. Gemeinsam erhalten sie ein weiteres Zubrot. Neben Amtsgehalt und Abgeordnetenkostenpauschale bekommen sie noch Diäten in Höhe von 3.504,50 Euro monatlich. So steigert beispielsweise der Kanzler sein Gehalt um immerhin zusätzlich 74.000 Euro im Jahr – von denen fast die Hälfte steuerfrei ist.

Professor Hans H. von Arnim, Verwaltungswissenschaftler, sagte dazu im Fernsehmagazin *Monitor*: „Die steuerfreie Kos-

tenpauschale ist zum großen Teil dafür gedacht, den Unterhalt des Abgeordneten in der Bundeshauptstadt zu finanzieren, für Übernachtung, für Verpflegung. Derartige Kosten hat der Abgeordnete, der gleichzeitig Minister ist, ja gar nicht, weil er als Minister schon dafür bezahlt wird. Es handelt sich hier also um ein ungerechtfertigtes Schatteneinkommen, ein Privileg, das man nicht rechtfertigen kann.“ Das gleiche gilt für den Bundeskanzler und seine Diäten.

In einigen Länderparlamenten wurden die Schatteneinkommen der Minister schon in der Vergangenheit stark gesenkt. Und in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg gibt es für Minister bzw. Senatoren überhaupt keine Diäten und Kostenpauschalen mehr. Zuletzt haben die Parlamentarier im saarländischen Landtag 1999 beschlossen, dass Minister und Ministerpräsident keine Diäten als Abgeordnete erhalten.

Umfangreiche Zusatzeinkommen und Doppelversorgungen sind auch in der „Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments“ zu finden. Staatsrechtler von Arnim hat die einschlägigen Regeln genau unter die Lupe genommen. Sein Gutachten ist bei [www.stern.de](http://www.stern.de) im Wortlaut nachzulesen (Suchwort: von Arnim); das Ergebnis ist verheerend: Die Bestimmungen seien „unangemessen und rechtswidrig“, sie enthielten „eine Reihe untragbarer Auswüchse“. Abgehoben vom Volk erhalten deutsche Europa-Abgeordnete monatlich 7.009 Euro nur an Diäten! Darüber hinaus kassieren sie ein Tagegeld von steuer-

freien 262 Euro. Es wird für jeden Sitzungstag des Parlaments, seiner Ausschüsse und Organe gezahlt. Das Tagegeld soll vor allem die Kosten für Unterbringung und Verpflegung decken und macht „normalerweise rund 3.500 Euro im Monat aus“, schreibt von Arnim. Zum Vergleich: Das Durchschnittseinkommen der abhängig Beschäftigten beträgt hierzulande gerade mal 2.791 Euro monatlich.

Unangemessen und keineswegs leistungsorientiert sind auch die Gehälter der Kapitalfunktionäre. Die durchschnittliche Vergütung von Managern lag nach einer Studie der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) im vergangenen Jahr bei 1,42 Millionen Euro. Hinzu kommen allerdings oftmals noch beträchtliche Aktienoptionen. Die Gehälter vieler Vorstände der Großunternehmen und Konzerne sind auch bei sinkenden Gewinnen und sogar bei Verlusten weiter gestiegen. Abzockerei und Raffgier sind an der Tagesordnung. Der Grundsatz „leistungsgerechter Entlohnung“ wird in den Chefetagen nicht angewendet. So kassiert der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, mit 7,7 Millionen Euro etwa 380mal mehr als der Durchschnitt seiner Angestellten.

Die organisierte Verantwortungslosigkeit in Politik und Wirtschaft wird begleitet vom Ausstieg aus sozialen Verpflichtungen. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, hat die Konsequenzen der neoliberalen Profitgier angekündigt: Die Beschäftigten sollen ihre soziale Sicherung und das Gesundheitssystem selber finanzieren. Franz Kersjes

## Globaler Ausverkauf

Grenzenlose Liberalisierung der Märkte für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen – das ist das erklärte Ziel der Welthandelsorganisation (WTO). Sie wurde 1995 gegründet; und eine ihrer tragenden Säulen ist das „Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (GATS).

Mit diesem Abkommen sollen Handelshemmnisse beseitigt und nationale Gesetze, Verordnungen, Sozialstandards sowie arbeitsrechtliche Schutznormen den international gültigen GATS-Vereinbarungen angepasst werden. Durch Privatisierung und Deregulierung ist die Vermarktung auch solcher Dienstleistungen vorgesehen, die als profitabel eingeschätzt werden. Dazu gehören neben Wasser, Bildung, Gesundheit, Post, Strom, Gas, Forschung, Transport, Tourismus, Kultur, Medien insgesamt ca. 150 Geschäftsmöglichkeiten, die Profit versprechen. Grundsätzlich ist kein Dienstleistungssektor vom GATS ausgenommen. Alle sollen sie den WTO-Prinzipien des Marktzugangs und der Gleichbehandlung in- und ausländischer Anbieter unterworfen werden. Die Grundversorgung der Menschen wird dann nicht mehr vom Staat gewährleistet. Wer menschenwürdig leben will, muss dafür zahlen. Die Ergebnisse dieser Liberalisierung sind in Entwicklungsländern bereits zu besichtigen.

Öffentliche Bildungseinrichtungen sollen künftig vom Staat nicht mehr finanziert werden, denn das würde private Anbieter benachteiligen. Sollte ein Land trotzdem eine Hochschule finanzieren, könnten alle privaten Anbieter, also auch ausländische, die im jeweiligen Land

vertreten sind, im Hochschulbereich die gleiche Förderung verlangen. Das wird sich aber wohl kaum ein Staat leisten können.

Ein profitorientierter weltweiter Markt für Bildungsangebote erfordert Maßnahmen zur Beseitigung demokratischer Kontrollmöglichkeiten, Entmachtung von Gremien, Einführung von Studiengebühren, Sponsorengelder und vieles mehr. Um in der Bevölkerung Zustimmung zur Privatisierung des Bildungssektors zu erreichen, werden die vorhandenen Bildungseinrichtungen diffamiert (Pisa-Studie) und durch fortwährende Kürzung der finanziellen Mittel in Schwierigkeiten gebracht. Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird zur Ware; schließlich verspricht der globale Bildungsmarkt Umsätze von bis zu 3.500 Milliarden US-Dollar.

Der Staat wird sich Schritt für Schritt aus seinen Aufgabenbereichen zurückziehen und seine Bürger und Bürgerinnen den „freien Marktkräften“ überlassen. Für Schule und Ausbildung oder Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alterssicherung ist bald jeder allein verantwortlich. Aus Steuermitteln wird der Staat am Ende nur noch eine nach Alter und Familienstand berechnete Grundvergütung gewähren. Auf dieser bescheidenen Basis sind dann alle sozialen Leistungen individuell zu finanzieren. Wachsende Armut der Vielen und unermesslicher Reichtum der Wenigen werden das Ergebnis des Neoliberalismus sein.

Die Verhandlungen über den GATS-Prozess finden in Absprache mit den Lobbyisten der großen Dienstleistungskonzerne

hinter verschlossenen Türen statt; das heißt: unter Ausschluss von Parlamenten und Öffentlichkeit. Besonders aktiv ist dabei der Beraterkreis „European Round Table of Industrialists“. In ihm sind alle Multis vertreten, die in Europa Rang und Namen haben. Die EU-Kommission, die alle Mitgliedsländer der Europäischen Union in der WTO vertritt, räumt unverblümt ein: „Das GATS ist zuallererst ein Instrument des Geschäftemachens.“

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen wird mit den immer gleichen Argumenten begründet: Der Staat und die öffentlichen Verwaltungen seien bürokratisch und zu teuer. Mit der Privatisierung stiegen Kostenbewusstsein und Effizienz. Da sich die finanzielle Lage der Kommunen durch desaströse Steuerpolitik und steigende Arbeitslosigkeit dramatisch verschlechtert hat, sehen viele Verwaltungen in der Privatisierung von Leistungen Möglichkeiten der Kostenersparnis. So ist laut Deutscher Krankenhausgesellschaft die Zahl der Kliniken in öffentlicher Trägerschaft zwischen 1995 und 2000 von 863 auf 744 gesunken, die Zahl privater Krankenhäuser dagegen von 373 auf 446 gestiegen.

Die im Jahr 2000 von den 146 Mitgliedstaaten der WTO eingeleiteten Verhandlungen sollen schon im nächsten Jahr abgeschlossen werden. Bis dahin bleibt nicht mehr viel Zeit, um die für die Daseinsvorsorge fatalen Auswirkungen der Privatisierung allgemein bekannt zu machen und Kundgebungen des gesellschaftlichen Widerstands zu koordinieren.

F.K.

## Schwache Leistung der Manager

Fast jeden Tag werden Belegschaften und Betriebsräte mit Forderungen ihrer Geschäftsleitungen zur Einsparung von Arbeitskosten und zur Steigerung der Produktivität konfrontiert: Längere Arbeitszeiten ohne Bezahlung, weniger Urlaub, Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Verzicht auf Tarifrechte usw. Die angeblich notwendige Modernisierung wird von den Beschäftigten erpresst. Über die Leistungen der Bosse und Manager wird dagegen sehr selten gesprochen.

Nun hat die Unternehmensberatung Proudfoot Consulting in ihrer Globalen Produktivitätsstudie 2004 festgestellt, dass rund 38 Prozent der Arbeitszeit mit unproduktiven Tätigkeiten ver-

bracht wird. Damit werden etwa 85 Arbeitstage pro Jahr und Beschäftigten verschwendet. Der dadurch verursachte volkswirtschaftliche Verlust ist gewaltig: Unproduktiv verbrachte Arbeitszeit kostet die deutschen Unternehmen ungefähr 157 Milliarden Euro.

Der Untersuchung zufolge sind die Manager, vor allem die der mittleren Führungsebene, die größten Produktivitätskiller – und nicht die Belegschaft. Mangelhafte Planung, miserable Führungsqualitäten, unnötige Sitzungen und ineffiziente Arbeitsorganisation haben diese Damen und Herren zu verantworten. Etwa 69 Prozent der Verluste in deutschen Unternehmen sind auf Fehler im Management zurück-

zuführen. Ein Gebiet ist der Studie zufolge besonders ineffizient: der Vertrieb. Mitarbeiter in diesem Bereich verbringen nur etwa 10 Prozent ihrer Arbeitszeit mit aktivem Verkauf und der Akquisition von Aufträgen. Ungefähr 90 Prozent ihrer Zeit verwenden sie für Tätigkeiten, die nicht direkt dem Verkauf dienen.

Jochen Vogel von Proudfoot Consulting: „Damit zeigt sich erneut: Der Schlüssel zu mehr Arbeitsproduktivität liegt in den Chefetagen. Aufsicht, Führung und Motivation sind die zentralen Faktoren, die die Produktivität beeinflussen. Hier sollten die Unternehmen ansetzen. Sachinvestitionen zur Steigerung der Produktivität werden von Managern vielfach überschätzt.“  
*Die komplette Studie ist auf Anfrage erhältlich bei*  
[studie@proudfootconsulting.com](mailto:studie@proudfootconsulting.com)

## Armut nimmt zu

In Deutschland hat die Armut im vergangenen Jahr zugenommen. Das geht aus ersten Zahlen des „Armuts- und Reichtumsberichts“ hervor, den die Bundesregierung Anfang nächsten Jahres vorlegen will. Als arm wird angesehen, wer weniger als 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. Nach Berechnungen von Attac liegt die Armutsgrenze für Deutschland im Westen bei 730,20 Euro, im Osten bei 604,80 Euro Einkommen im Monat. Ein Drittel der Armen sind allein Erziehende und ihre Kinder. 19 Prozent sind Paare mit mehr als drei Kindern. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl von Kindern, die von Sozialhilfe leben, um 64.000 auf 1,08 Millionen. Fast die Hälfte dieser Kinder ist jünger als sieben Jahre.

## Kein Wunder durch Mini-Jobs

Wirtschaftsminister Clement jubelt wieder einmal zu früh. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat Darstellungen der Bundesregierung widersprochen, die Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse hätte zu vielen zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten geführt. Arbeitslose haben demnach bisher nicht nennenswert von der neuen Mini-Job-Regelung profitiert.

Die Regierung hatte kürzlich von inzwischen etwa acht Millionen Mini-Jobs in Deutschland gesprochen. Daraus hatte sie gefolgert, die neue Mini-Job-Regelung schaffe trotz der schwierigen Wirtschaftslage zusätzliche Beschäftigung und biete Arbeitslosen gute Chancen, wieder in den ersten Arbeitsmarkt, also reguläre Beschäftigungen, einzusteigen.

gen. Seit Anfang 2003 beträgt die monatliche Verdienstgrenze für Mini-Jobs 400 (vorher 325) Euro im Monat. Die zeitliche Begrenzung auf 15 Stunden pro Woche fiel weg.

Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der Arbeitnehmer mit mindestens einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis um mehr als 1,1 Millionen auf 7,6 Millionen gestiegen. Unterdessen ist aber die Zahl der regulär Beschäftigten zurückgegangen. Für die Wirtschaftsforscher ist dies ein deutlicher Hinweis darauf, dass viele zuvor sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten in Mini-Jobs umgewandelt worden sind.

„Kleine Beschäftigungsverhältnisse: Kein Jobwunder“, lautet das Fazit der Untersuchung.



## Immer mehr Arbeitslose

Die Ankündigung war ein einzigartiges Spektakel. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland werde nach Einführung der Arbeitsmarktreformen innerhalb von drei Jahren um zwei Millionen reduziert, verkündete der Bundeskanzler bei der Vorstellung des unter Führung von VW-Personalvorstand Peter Hartz ausgearbeiteten Konzepts. Doch gut zwei Jahre danach liegt die Zahl der Arbeitslosen im September 2004 um 159.800 über dem Vorjahresniveau. Die registrierte Erwerbslosigkeit ist derzeit so hoch wie 1997. Hinzu kommen zum 1. Januar 2005 die erwerbsfähigen Sozialhilfebezieher, die sich arbeitslos melden müssen, sofern sie nicht bereits wegen Arbeitslosigkeit ergänzende Sozialhilfe beziehen. Knapp 800.000 Sozialhilfebezieher, die bislang nicht als arbeitslos registriert sind, befinden sich im erwerbsfähigen Alter.

Auf der Basis der aktuellsten Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfe-Statistiken hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufs-

forschung der Bundesagentur für Arbeit die potenziellen Leistungsempfänger nach SGB II neu geschätzt. Danach muss mit höheren finanziellen Belastungen bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gerechnet werden.

Die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung haben keinen nennenswerten Erfolg. Die Massenarbeitslosigkeit steigt weiter. Trotz vieler Maßnahmen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes werden immer mehr Arbeitsplätze vernichtet. Auch die Zahl der Ich-AG ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nach den Prognosen der Regierung müsste es jetzt schon rund eine Million geben. Bisher wurden erst ca. 150.000 gegründet. Viele der neuen Selbstständigen können am Markt kaum bestehen, wenn die staatliche Hilfe reduziert wird oder ausläuft. Spätestens nach drei Jahren werden sie sich dann wieder arbeitslos melden.

Die bestehende Profitwirtschaft und eine ihr verbundene Politik lösen die Probleme nicht! -es.

\* \* \* \*

### Buchtipps

Jürgen Leinemann

#### **Höhenrausch**

Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker

Verlag Blessing, 496 Seiten, 20 €

Noch nie war das Ansehen der Politiker so katastrophal. Jürgen Leinemann, über drei Jahrzehnte lang Redakteur des *Spiegel* und einer der besten Kenner der deutschen Politik, hat die prägenden politischen Figuren und die parteipolitische Machtszene-

rie seit nahezu 40 Jahren aus nächster Nähe beobachtet. Seine Diagnose und Feststellungen sind niederschmetternd: „Längst ist der politische Betrieb für die meisten Akteure zum Ersatz für das richtige Leben geworden und damit zur Einbruchsstelle von süchtiger Deformation. Denn Ersatz ist das Wesen der Sucht. Drogen ersetzen das Eigentliche: Anerkennung, Sinn, Glück, Glauben, Liebe, Sicherheit.“ Das Fazit seiner Beobachtungen und Erkenntnisse ist höchst alarmierend.

### Kommentar

#### **Demagogen?**

„Auch wir sind das Volk“, behaupten 62 Intellektuelle und Manager in einer ganzen Anzeigenseite in der Samstag-Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* vom 2. Oktober 2004. Geld und Geist haben sich verbündet. Von Thomas Middelhoff, Dieter Hundt, Roland Berger, Jürgen Flimm bis zu Günter Grass wird „in einer großen Koalition der Vernunft“ für Unterstützung des Bundeskanzlers und die beschlossenen Änderungen in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe geworben. Die Reformen seien „überlebensnotwendig für den Standort Deutschland.“ Das Jammern hätten sie satt. „Nur Demagogen, die ihre Zukunft hinter sich haben, reden dem Volk nach dem Maul. Ihre Rezepte sind so simpel wie ihre Motive durchsichtig“, behaupten diejenigen, die von Hartz IV niemals betroffen sein werden. Mit den wachsenden Nöten der Mehrheit des Volkes hat diese elitäre Klasse nichts zu tun. Schade, dass sich Künstler und Schriftsteller vor den Karren der Kapitalfunktionäre spannen lassen.

Franz Kersjes

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de) Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird im Internet veröffentlicht.

[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck erwünscht.

Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.